

Steuersenkungen gestern – Katerstimmung heute



Heinz Horn
SP-Gemeinderat (neu)

Die Auswirkungen des von Bund und Kanton geplanten Sparpaketes 2004 sind für die Gemeinden enorm. Diese werden auch die WädenswilerInnen zu spüren bekommen.

Das gab es noch nie: Der politisch zurückhaltende und bürgerlich dominierte Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich (GPV) lanciert eine Volkinitiative zur Lastenumverteilung vom Kanton zu den Gemeinden.

Die Auslöser sind einerseits die enormen finanziellen Umwälzungen des Sparpaketes 2004, andererseits die bereits stattgefundenen Lastenverschiebungen der letzten Jahre.

Warum setzt der GPV nicht mehr öffentlichen Druck bei den «eigenen» Parteien, Regierungs- und Kantonsräten auf, um das unsinnige Sparpaket zu verhindern? Warum wehrte sich der GPV nicht, als letzten Dezember der Kantonsrat eine Steuersenkung beschloss?

Ein Stück weit gehört es zur «föderalistischen Grundmelodie», dass die untere staatliche Ebene sich gegen die Kostenabwälzung von oben zur Wehr setzt. Der Kanton beklagt auch immer wieder, der Bund schiebe Kosten ab. Und: Steuersenkungen sind in Mode, aber sie haben ihren Preis. Darum kommen jetzt die Schritte, die wehtun.

Kurzfristige Spareffekte

Viele Arbeiten und Kosten von eid-

genössischen und kantonalen Aufgaben werden unter dem Etikett «Sparen» auf die Gemeinden abgeschoben, nach dem Motto: den Letzten beißen die Hunde. Der Ermessensspielraum der Gemeinden ist aufgrund vieler Gesetze und Vorschriften klein, beispielsweise bei der Sozialhilfe oder bei den Spitälern. Ein grosser Teil der Sparmassnahmen hat bestenfalls kurzfristige Spareffekte. Mittel- und langfristig entstehen aber Kosten, beispielsweise bei der Bildung oder wenn 1'200 Staatsangestellte auf die Strasse gestellt werden.

Illnau-Effretikon hat gerechnet

Was bedeutet das Sparpaket 2004 für eine Stadt wie Wädenswil mit rund 20'000 EinwohnerInnen? Die Antwort ist nicht ganz einfach, weil vieles auf Annahmen beruht. Zwei Gemeinden haben im Auftrag des GPV versucht, die finanziellen Auswirkungen zu beziffern. Es ist neben der kleinen Gemeinde Bäretswil auch Illnau-Effretikon mit rund 15'000 EinwohnerInnen. Auch wenn direkte Vergleiche schwierig sind: die Auswirkungen sind enorm. Illnau-Effretikon rechnet mit neun Steuerprozenten aus bereits erfolgten Lastenverschiebungen. Weitere sechs Steuerprocente für geplante Verschiebungen werden befürchtet, am happigsten fallen ins Gewicht:

- Beitragskürzungen für Langzeitgymnasien
- Abschaffung der Handänderungssteuer
- Erhöhung Kostenbeitrag der Gemeinden bei den Zusatzleistungen AHV/IV
- Mehrkosten bei der Sozialhilfe
- Heimplatzierungen von Jugendlichen

(bis Fr. 35'000.- mehr pro Fall)

- Einführung von Fallpauschalen beim Jugendsekretariat (in Wädenswil Kürzung zu befürchten, da städtische anstatt bezirkweise Stelle)
- Kürzung Spitex-Subventionen
- Kürzung von Spitalsubventionen (Wädenswil Fr. 673'000.-!)
- Weniger Unterhalt und Subventionen bei Kantonsstrassen (z.B. Kreisel hintere Rütistrasse zahlt die Stadt selber)

Sozialabbau inakzeptabel

Für die SP absolut nicht annehmbar ist der Abbau der kantonalen AHV/IV-Beihilfen. Sollten diese gestrichen werden, ist das Referendum so gut wie sicher. Immerhin hat das Volk vor drei Jahren die Beihilfen klar befürwortet – und jetzt will der Kantonsrat diese schon wieder streichen. Auch die Stadt Wädenswil würde darunter leiden: wenn den AHV/IV-RentnerInnen das Geld zum Leben fehlt, muss die Sozialhilfe einspringen. Und der Gang zum Sozialdienst ist für viele ein Bittgang.



Politik der leeren Kassen (Foto Erwin Wachter)

Gegensteuer durch Koalition der Vernunft



Julia Gerber Rüegg
SP-Kantonsrätin,
Mitglied der Finanzkommission

Mit der unverantwortlichen Steuerfussenkung im Jahr 2002 haben die bürgerlichen Parteien das bisher bei allen Schwierigkeiten doch immer wieder ausgehandelte Gleichgewicht der Zürcher Finanzpolitik wissenschaftlich und willentlich zerstört. Wenn sich die Finanzpolitik bisher an tiefen Steuern, am sozialen Frieden sowie an qualitativ guten Leistungen des Staates orientiert hat, so ist heute das Ziel der Bürgerlichen einzig der Abbau der Staatstätigkeit zugunsten von Steuerentlastungen für die Reichen. Als Folge dieser bürgerlichen Abbaupolitik stellt das vom Regierungsrat geschnürte Sparpaket ein Bildungssystem in Frage, das sich am Ziel der Chancengleichheit orientiert. Es gefährdet ein qualitativ gutes Gesundheitssystem, und es verhindert einen nachhaltigen Umweltschutz sowie eine bedarfs-

gerechte Entwicklung des öffentlichen Verkehrs. Mit der geplanten Abschaffung der AHV/IV-Beihilfen nehmen die Sparer im Kantonsrat eine Zunahme der Armut in Kauf. Das alles wird die SP nicht akzeptieren.

Sparpaket: Folge der Steuersenkung

Berechnungen der SP-Fraktion im Kantonsrat haben gezeigt, dass das von der Regierung geschnürte Sparpaket eine reine Gegenfinanzierung der letztjährigen Steuerfussenkung ist und nichts mit einer nachhaltigen Sanierung des Zürcher Staatshaushaltes zu tun hat. Zudem stellt die SP die Verfassungsmässigkeit der Zürcher Ausgabenbremse in Frage. Das Sammelsurium von verschiedensten Gesetzesänderungen, aufgeteilt in mehrere Vorlagen mit einer bindenden Sparvorgabe über alle Entscheide, verletzt den Grundsatz der Einheit der Materie. Die Bindung des Kantonsrates an einen von der Regierung vorgegebenen Saldo schränkt den Kantonsrat in seiner Gesetzgebungskompetenz auf

unzulässige Weise ein. Er ist nicht mehr frei, eine Gesetzesänderung zu beschliessen, eine andere aber abzulehnen. Dies stellt einen Eingriff in das Prinzip der Gewaltenteilung dar, der mit der Bundesverfassung nicht vereinbar ist.

Koalition Grüne, EVP, CVP, SP

Mit dieser Einschätzung ist die SP-Kantonsratsfraktion nach den Wahlen vom 19. Oktober auf die Fraktionen der Grünen, der EVP und der CVP zugegangen. Ziel dieser Verhandlungen ist es gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, welche die Rückkehr zu einer vernünftigen Finanzpolitik durchzusetzen vermag – einer Finanzpolitik, die sich an zwei Grundsätzen orientiert: 1. Gesunde Staatsfinanzen und 2. ein qualitativ guter Service Public. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn die Steuersenkung vom Dezember 2002 in der einen oder anderen Form wieder rückgängig gemacht wird. Die SP-Kantonsratsfraktion ist zuversichtlich, dass eine neue Koalition der Vernunft zustande kommen wird.

Erweiterung Oberstufenschulzentrum Fuhr: JA



Hanna Landolt,
SP-Gemeinderätin

Die Raumverhältnisse im Schulzentrum Fuhr sind ungenügend. Dies aus verschiedenen Gründen: Zum einen wurde aus finanziellen Gründen in den letzten Jahren mit Neu- und Ersatz-Investitionen stark zurückgehalten. Zum andern erfordert das schon lange fällige neu eingeführte Konzept der durchmischten Oberstufenschulhäuser (A-, B- und C-Klassen im gleichen Schulhaus), mit denen sehr gute Erfahrungen gemacht werden, eine neue Raumplanung. Auch verlangen veränderte Unterrichtsmethoden Gruppenräume und grössere Klassenzimmer. Die heutigen Klassenzimmer von 58 m² Grösse lassen fast keine anderen Unterrichtsmethoden zu als Frontalunterricht, und darum sollen sie vorschriftsgemäss auf 70 m² vergrössert werden. Grosse Klassenbestän-

de (z.T. 26 SchülerInnen) sind häufig und können in grösseren Schulzimmern bedarfsgerechter unterrichtet werden. Ob die Klassen aus Spargründen des bürgerlich dominierten Kantonsrates noch mehr vergrössert werden müssen, wissen wir noch nicht. Weiter braucht es Aufenthalts-, Arbeits- und Nebenräume und den heutigen hygienischen Anforderungen entsprechende Schulküchen. Besonders wichtig sind auch behindertengerechte Toiletten und ein Lift für behinderte SchülerInnen, Lehrkräfte

und BesucherInnen. Für die in einem Provisorium untergebrachte Verwaltung müssen zeitgemässe Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Ja zum Oberstufenschulzentrum Fuhr

Damit die Ausbildungsqualität erhalten oder gesteigert und den neuen Unterrichtsmethoden Rechnung getragen werden kann, darf auf eine Erweiterung des Oberstufenschulzentrums Fuhr nicht verzichtet werden. Deshalb: JA zum Fuhr am 30. November.

Gute Ausbildungsqualität braucht genügend Schulraum (Foto zVg)



Die Bauern und ihre Sonderstellung



René Peter

Der Landwirtschaft kommt in der Schweiz seit je her ein besonderer Status zu, und auch in Wädenswil ist das nicht anders.

Nur gerade 3% der in Wädenswil Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, aber sie bewirtschaften 3/4 der Gemeindefläche. Ein Blick auf den Plan macht dieses Verhältnis anschaulich. 5% der gesamten Bevölkerung lebt «auf dem Land», hier durch die helle Fläche wiedergegeben. Die restlichen 95% der Wohnbevölkerung konzentrieren sich auf das «Stadtgebiet», durch die grau unterlegte Fläche gekennzeichnet. Kurz, 5% der EinwohnerInnen verteilen sich auf 75% des Landes und 95% der Leute drängen sich auf einem Viertel des Gebietes zusammen.

Sonderstellung auch in der Politik

Gemessen an der gesamten Arbeitsbevölkerung ist der Anteil der Landwirtschaft klein geworden. Sie ist hingegen immer noch gross, gemessen am Land,

das sie bewirtschaftet. Die landwirtschaftliche Besonderheit äussert sich darin, dass sie sich nicht mit üblichen Massstäben messen lässt. Müsste zum Beispiel im Gemeinderat der bewirtschaftete Boden angemessen vertreten sein, so zählte das Wädenswiler Parlament 26 Bauern. Wäre hingegen die Regel, die landwirtschaftliche Bevölkerung proportional im Rat zu repräsentieren, ergäben die 260 in der Landwirtschaft Beschäftigten einen Sitz. Heute sitzen im Gemeinde- und Stadtrat zusammen sechs Landwirte. Mit ihnen ist die landwirtschaftliche Bevölkerung übervertreten. Trotzdem wird niemand dieses besondere Gewicht als unrichtig empfinden. Der Landwirtschaft wird eben eine Sonderstellung zugebilligt.

Bauern, Unternehmer wie alle?

Welche besonderen Interessen verteidigen die Landwirte nun? Wie lässt sich dies rechtfertigen? Oder ist diese Frage falsch gestellt? Müsste man nicht viel eher nach dem besonderen Interesse der Landwirtschaft als ganzem Komplex fragen? In diesem sind die Landwirte

zwar der wichtigste, dennoch nur ein Teil. Möglicherweise wird das Interesse der Landwirtschaft gerade dadurch sabotiert, dass einzelne Landwirte ihre partikulären Interessen durchzusetzen versuchen. Zum Beispiel: Im Moosli ein Reitsportzentrum einrichten, in der Beichlen eine Grasfabrik bauen, im Säuliamt eine Scheune als Hallenbad umnutzen etc. Partikularinteressen, die lediglich den individuellen Profit zum Ziel haben. Damit verlieren diese Landwirte jedoch ihren Sonderstatus. Denn in einer liberalen Gesellschaft ist, sein Eigeninteresse wahr zu nehmen, das schlechteste Normalere.

Schöne, teure Landwirtschaft

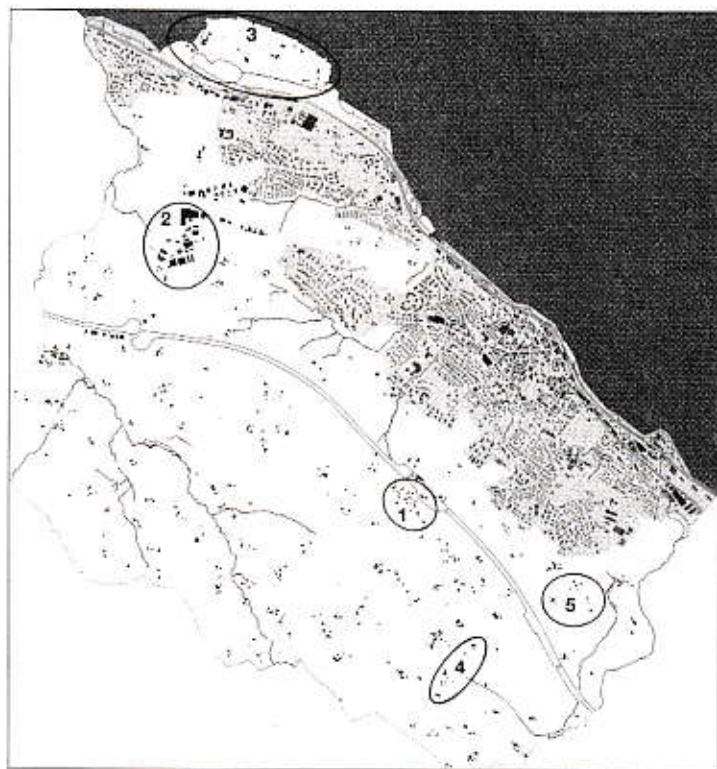
Ihren besonderen Status sichern sich die Bauern, wenn sie zwar ihre Interessen, aber mit Rücksicht auf das ganze System Landwirtschaft verfolgen. Damit sie das tun können, sprach das Bundesparlament erneut einen Kredit von jährlich 3,5 Milliarden Franken bis zum Jahr 2007. Heruntergebrochen auf die Haupterwerbsbetriebe in Wädenswil ergibt das durchschnittlich immerhin rund 5400 Franken Subventionen für einen Landwirtschaftsbetrieb pro Monat. In Wädenswil existieren 56 solcher Betriebe, also fließen jährlich rund 3,64 Millionen nach Wädenswil. Dieses Geld wurde nicht von den Bauern erwirtschaftet, dennoch gewähren es diejenigen, die es erwirtschafteten gerne, wenn sie die sinnvolle Verwendung sehen.

Landwirtschaft wozu?

Welchen Sinn denn? Die autarke Sicherung der Ernährung der Bevölkerung kann hier angeführt werden. Doch diese war bereits während des zweiten Weltkrieges nicht mehr gegeben. Sogar der «Plan Wahlen» brauchte zusätzliche Mengen an Sämereien, Dünger, Energie (Kohle), Stahl und Eisen aus dem Ausland. Es wäre außerdem unsinnig, sich heute noch das Ziel der völlig autarken Ernährung zu setzen. Wenn das nicht, was ist dann der Sinn?

Die Sicherung von Arbeitsplätzen? Es sind nur noch wenige, rund 260 in Wädenswil, 1990 waren es noch rund 390.

Fortsetzung Seite 4



Wädenswil, Bebauung (Gebäude ohne Strassen) 2000. Einwohnerstärkste Quartiere ausserhalb der «Stadt» mit 40 bis 70 BewohnerInnen: 1 Herrlisberg, 2 Hintere Rütli, 3 Halbinsel Au, 4 Beichlen, 5 Felsen

(Karte René Peter)

Dass alle Bauern aufhören, will niemand, das hingegen nur darum, weil die landwirtschaftlichen Arbeitsplätze als besonders wertvoll erachtet werden. Ein Minimum wird notwendig bleiben, denn eine zusammenhängende nicht zersiedelte Landschaft, in der landwirtschaftliche Güter produziert werden, bedeutet ein kostbares Gut.

Landwirtschaft als Pädagogin

Der Landwirtschaft kommt ausserdem eine pädagogische Funktion zu. Denn wo anders werden die Leute anschaulich Erkenntnisse über die grossen ökologischen Zusammenhänge gewinnen können als gerade bei der Landwirtschaft, die äusserst sensibel auf Umweltänderungen reagiert. Zwar sucht die Forschung nach einer von Umwelteinflüssen unabhängigen Produktion, aber es ist ihr noch nicht gelungen und niemand wird die Vermutung wagen, es werde ihr je gelingen. Die Naturvorgänge im Verbund mit den ökonomischen Auswirkungen sind doch zu komplex und übersteigen die menschliche Rationalität bei weitem.

Das Erfahrungswissen der Landwirte, das gerade solche Wirkungszusammenhänge erahnen kann, wird wohl bei der Verteidigung einer hochwertigen Landwirtschaft die besten Argumente liefern. Argumente gegen die krude Durchsetzung von Einzelinteressen, von denen offensichtlich ist, dass sie dem Ganzen schaden und ein Affront gegen verantwortungsvoll wirtschaftende Bauern sind.

Gemeinderat

Heinz Horn löst Manuel Angst ab

Manuel Angst wurde im Februar 1998 auf der SP-Liste in den Gemeinderat gewählt. Als Mitglied der Reformkommission war er massgeblich an den Neuerungen beteiligt, die zur Revision der Gemeindeordnung und schliesslich zur Verkleinerung von Stadt- und Gemeinderat führten. Nach seiner Wiederwahl 2002 trat er in die Grosse Rechnungsprüfungskommission GRPK ein und bewies, dass er sowohl als Strategie als auch als kühler Rechner in der Gemeindepolitik mitwirken kann.

Manuel Angst hat im vergangenen Jahr mit dem Doktorat an der ETH ein wichtiges Etappenziel seiner wissenschaftlichen Laufbahn erreicht. Für die Fortsetzung einer Laufbahn in der Grundlagenforschung ist ein längerer Forschungsaufenthalt im Ausland in diesem Stadium üblich, fast schon «obligatorisch». Über ein Projekt des Schweizerischen Nationalfonds kann er nun für ein Jahr in einem renommierten amerikanischen Laboratorium arbeiten. Wir wünschen ihm alles Gute in Amerika und viel Erfolg.

Heinz Horn ist 2002 auf dem ersten Ersatzplatz in den Gemeinderat gewählt worden. Er tritt nun sein Mandat an und wird seine Stärken in der Sozialpolitik und seine Kenntnisse der Stadt- und Kantonsverwaltung einbringen können. Heinz Horn ist ein politischer Mensch mit einem feinen Sensorium. Er arbeitete von 1989 bis 1999 im Sozialdienst der Stadt Wädenswil und konnte deshalb keine politische Funktion ausüben, obwohl er hervorragend dafür qualifiziert ist. Nun arbeitet er seit längerem als Sozialsekretär in der Gemeinde Uetikon am See. Heinz Horn ist seit über zehn Jahren als Schlichter in der Schlichtungsbehörde beim Bezirksgericht Horgen tätig. Er ist auch Vorstandsmitglied des Mieterinnen- und Mieterverbandes Zimmerberg. Die SP-Fraktion freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem «neuen» Kollegen, der uns doch bereits gut bekannt ist.

Willy Rüegg, Fraktionspräsident SP

Herzlichen Dank allen Abonentinnen und Abonnenten, die das so! immer wieder finanziell unterstützen!



Sozialdemokratische Partei

Abstimmungsempfehlung für den 30. November 2003

Kanton:

- Teilrevision der Strafprozessgesetzgebung **Ja**
- Polizei- und Justizzentrum **Ja**
- Kantonsverfassung **Ja**
- Gesundheitsgesetz (Medik. Abgabe) **Stimmfreigabe**
- Kirche und Staat **3 x Ja**
- Abschaffung der Handänderungssteuer (HEV-Initiative) **Nein**
- Festlegung des Steuerfusses in der Verfassung (SVP-Initiative) **Nein**

Gemeinde:

- Oberstufenschulzentrum Fuhr **Ja**

Am Freitag, den 12. Dezember beschliessen wir das Jahr mit einem stimmungsvollen Abend im Volkshaus mit

Musik zu Geschichten

Um 20.30 Uhr lädt die SP ein zu Musik von Brita Ostertag und Rosa Hess und Geschichten von Valerie Steinmann.

Ab 19.00 Uhr Happy Hour ankommen, abschalten und einkehren.

Wir freuen uns auf einen überraschenden Abend

SP - Wädenswil

-
- Ich will mehr über die SP erfahren
- Ich möchte der SP beitreten
- Senden Sie mir Infomaterial über folgendes Thema:

Name:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:



Sozialdemokratische Partei Wädenswil
 Postfach 552, 8820 Wädenswil
 Fax 01 680 34 51
 e-mail: spwaedenswil@spzuerich.ch